



Presseerklärung der Fahrgast-Lobby Hochtaunus zum ÖPNV in Bad Homburg

Bad Homburg v.d.H., am 17. Oktober 2015

Die Fahrgast-Lobby Hochtaunus begrüßt die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer (IHK) zur Verkehrspolitik in Bad Homburg und Umgebung (vgl. Taunus Zeitung vom 15.10.2015).

Besonders die Verlängerung der Stadtbahn U2 zum Bahnhof duldet nun keinen längeren Aufschub mehr. Eine unverzügliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ist aus Gründen des Umweltschutzes und der Attraktivität des ÖPNV dringend geboten. Allein zur U-Bahnstation Gonzenheim im Südosten der Stadt Bad Homburg verkehren aus dem Nordwestteil der Stadt stündlich elf Omnibusse quer durch die Innenstadt – eine unnötige Belastung für den übrigen Verkehr, für die Ruhe und Sauberkeit der Kurstadt!

Besonders deutlich wird die schlechte Qualität der Verbindung großer Homburger Wohngebiete mit dem Frankfurter Stadtzentrum durch einen Vergleich mit der Nachbarstadt Oberursel. Während dort drei Stationen der S-Bahn S5 und elf Stationen der Stadtbahn U3 für eine direkte Fahrt nach zahlreichen Zielen in Frankfurt zur Verfügung stehen, besitzt Bad Homburg nur eine Station der S5 und zwei Stationen der U2, dazu noch am Rande der Stadt gelegen. Die Fahrt vom Wohngebiet bis zur nächsten Haltestelle des Schienenverkehrs dauert in zahlreichen Fällen eben so lang wie die anschließende Weiterfahrt mit der S- oder U-Bahn zum Fahrtziel.

Auch die Einführung der S-Bahn nach Usingen hängt von der Verlängerung der U2 ab. Mit einer kurzen Neubaustrecke könnte ferner eine Verbindung der Regionaltangente West mit der Main-Weser-Bahn bei Bad Vilbel hergestellt werden, was zu einer wesentlichen Entlastung der Schienenstrecken im Stadtgebiet Frankfurt führen würde.

Seit 1971 – also nunmehr seit fast 45 Jahren – wird an der Wiedereinführung der ehemaligen Lokalbahnstrecke Frankfurt – Bad Homburg vom „provisorischen“ Endpunkt Gonzenheim in die Homburger Innenstadt gearbeitet. Ein Dutzend Lösungsmöglichkeiten wurden entwickelt und dann doch nicht verwirklicht. Die nunmehr im Stadtparlament maßgebenden Fraktionen der CDU und SPD, die seit Jahrzehnten die Verlängerung der U-Bahn den Bürgern versprochen haben, sollten unverzüglich alle notwendigen Schritte zur Verwirklichung des Projekts einleiten. Große Teile der Bürgerschaft, aber auch die Gewerbebetriebe samt dem Einzelhandel wünschen diese Verbesserungen der Standortqualität unserer Stadt nachdrücklich.

Für Rückfragen steht zur Verfügung: Prof. Walter Söhnlein, Telefon: 06172 21 27 7.